

Anmerkung zu unserem Landtagswahlprogramm

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Schrift „Zukunft für Schleswig-Holstein“ ist ansprechend gestaltet, lässt sich gut verteilen und regt zur Diskussion an.

In der Partei selbst ist sie vor Veröffentlichung nur von wenigen diskutiert worden.

Es steht viel Notwendiges und Bedenkenswertes darin, Erfahrungen der gewerkschaftlichen und Bündnis-Arbeit werden zusammengefasst und zum Teil für Schleswig-Holstein konkretisiert, die Krisenhaftigkeit und Unmenschlichkeit des kapitalistischen Systems und das Ziel seiner Überwindung werden dargestellt.

Es findet sich dort aber auch Grundsätzliches, das Widerspruch hervorruft.

In der Vermeidung von Ausführungen über die Notwendigkeit des revolutionären Umsturzes der bestehenden Gesellschaftsordnung und der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und ihr verbündete Kräfte haben wir ja inzwischen große Übung. In vielen Verlautbarungen der Partei bzw. von Parteimitgliedern wird eine Entwicklung skizziert, die „uns“ (dies im weitest denkbaren Sinne verstanden) über immer weiter reichende und tiefer greifende Reformen immer mehr gesellschaftlichen Einfluss sichert und schließlich den Schritt zum (das Hineinwachsen in den) Sozialismus – manchmal auch „solidarische Gesellschaft“ genannt – ermöglicht.

So auch in unserem Landtagswahlprogramm.

Hier wird die Übernahme der Zentren des Finanzkapitalismus (zwischen der Forderung nach einem flächendeckenden Mindestlohn und der Feststellung, dass wir die Bewegung „Gerecht geht anders“ unterstützen) gar an den Beginn eines solchen gesellschaftsumwälzenden Reformprozesses gestellt.

Und da frage ich mich schon, ob es wirklich jemanden in unseren Reihen gibt, der oder die dies für möglich hält:

„Entsprechend sind **in einem ersten Schritt** die Großbanken zu enteignen und in öffentliches Eigentum zu überführen.“ („Entsprechend“ – weil das Grundgesetz „die Möglichkeit dazu formuliert“; Hervorheb. von mir.)

An anderer Stelle heißt es: „Entsprechend dem Grundgesetz sind Banken und Finanzinstitute zu enteignen und unter demokratische Kontrolle der Beschäftigten, ihrer Gewerkschaften und der Bevölkerung zu stellen!“

„... und der Bevölkerung.“ Genial. Da sich diese Aussage unter der Überschrift „Ein Rettungsschirm für 99 % der Bevölkerung“ findet, sind wohl diese 99 % auch gemeint. Das ist wirklich eine geniale, also in höchstem Maße schöpferische Idee, da sie uns jeder Anstrengung der Klassenanalyse und Strategieentwicklung enthebt.

In Wirklichkeit ist es eine unsinnige Losung.

„In Schleswig-Holstein wird ein Verbund für Meerestechnologie, Schiffbau und Energiewirtschaft in öffentlichem Eigentum bei demokratischer Kontrolle durch Belegschaften, Gewerkschaften und Vertreter der Bevölkerung geschaffen.“ - Wenn wir die Banken schon mal haben, ist das sicher ein geringeres Problem. - Es ist ja wohl nicht so gemeint, dass wir das ernsthaft von einer neuen Landesregierung erwarten, auch wenn es sich an die Forderungen an die neue Regierung anschließt...

"Eine Voraussetzung dazu ist, dass die bestehenden Werften, Energieanlagenproduzenten und die entsprechende Zulieferindustrie in öffentliches Eigentum überführt werden und nach einer Konzeption produzieren, die gesellschaftlich erarbeitet und kontrolliert wird." - Also eine "für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion".

Früher einmal haben SozialistInnen dies für einen Wesenszug einer anderen, der sozialistischen Gesellschaft gehalten; als Voraussetzung dafür galt die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Eine Leseprobe, die auch den in Anführungsstriche gestellten Teil des letzten Satzes des vorhergehenden Absatzes enthält:

"Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln - Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel - in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen - das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei."

Dieser Text ist natürlich wirklich schon alt, aus dem vorvorigen Jahrhundert, da hat der alte Engels noch gelebt...

Ich will es dabei belassen.

Um das grundsätzliche Profil einer kommunistischen Partei zu streiten, ist auch in Zeiten notwendig, in denen wir alle eigentlich verdammt genug damit zu tun haben, die Partei in praktischen Aktionen, durch sichtbare Teilnahme am Klassenkampf am Leben zu halten - von einer führenden Rolle kann nur selten die Rede sein. Aber wenn wir uns substanziell immer weniger von den diversen Propagandisten der "Wirtschaftsdemokratie" vor allem in der PdL unterscheiden oder unkritisch die Losungen von "occupy" übernehmen, wird auch unsere Existenzberechtigung als besondere Organisation immer fragwürdiger.

Das sollten wir nicht zulassen.

Solidarische Grüße D.